

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Postenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Postenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Begnabigung eines Reichsangehörigen.

In diesen Tagen ist es nach Monate langen Bemühungen gelungen, von der venezolanischen Regierung die Begnadigung und Freilassung eines Reichsangehörigen zu erreichen, der wegen Tötung eines Venezolaners in der Nothwehr nach zwölftmonatiger Untersuchungshaft einer empfindlichen Bestrafung entgegenstand. Die „Nord. Allg. Ztg.“ erzählt darüber Folgendes: „Am 30. Dezember 1896 wurde der in Maracaibo anässige Reichsangehörige, Zahnarzt Dr. Wilhelm Warnetkros, ein allgemein geachteter Mann, am späten Abend, als er vor einem Kaffeehause saß, von einem Venezolaner, den er persönlich gar nicht kannte, in der dunklen Zone um eine sofortige Unterredung angegangen, und als er dies ablehnte, ohne Weiteres mit einem Schlag über den Kopf geschlagen. Als der Venezolaner zu weiteren Schlägen aushubte, zog der halbblinde Warnetkros seinen Revolver und schoß auf seinen Gegner, der in den Unterleib getroffen wurde und am folgenden Tage starb. Gegen Warnetkros wurde ein gerichtliches Verfahren eingeleitet, aber obwohl derselbe einen Verteidiger zur Seite hatte und die deutschen Vertreter in Caracas und Maracaibo sich bemühten, eine Begnadigung der Untersuchung herbeizuführen, kam der Prozeß erst am 20. September v. J. zur Verhandlung und endete mit der Verurteilung des Dr. Warnetkros wegen Mordbittels zu 6 Jahren Kerker. Der Verurtheilte erhob gegen das Erkenntnis Berufung und der auf Veranlassung des auswärtigen Amtes für Warnetkros eingeleiteten nachdrücklichen Verwendung war es schließlich zu danken, daß das Erkenntnis der zweiten Instanz, das am 18. Dezember v. J. erging, nur auf ein Jahr Verbannung nach der am Orinoco gelegenen Stadt Guadalupe lautete. Auch gegen dieses Erkenntnis wurde das zulässige Rechtsmittel eingelegt und die Entscheidung der obersten Instanz angefordert, die jedoch unter dem 19. Februar das vorige Urtheil bestätigte. Unter diesem Umständen blieb nur noch die Möglichkeit übrig, die Gnade des Präsidenten anzurufen, und dieser hat dann auch am Tage vor dem Präsidentenwechsel von dem ihm zustehenden Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht und Warnetkros die ihm zuerkannte einjährige Verbannungsstrafe erlassen. Nun handelt es sich noch darum, den künftigen Verfolgungen der einflussreichen Verwandten seines Gegners zu entziehen, die ihn, wie er aus triftigen Gründen annehmen zu dürfen glaubte, noch geschworen hätten, und ihn unversetzt außer Landes zu bringen. Auch dies ist dank Verwendung des kaiserlichen Gesandten und dem anerkannt werthen Gegenkommen der venezolanischen Regierung in der Weise gelungen, daß ein venezolanisches Kriegsschiff nach Maracaibo entsandt wurde, von wo es Warnetkros nach dem Hauptquartier des Bundes, La Guayra, überführte. Am 6. d. M. dort angelangt, wurde Warnetkros zu seinem größeren Schutze sofort an Bord des dorthin beorderten deutschen Kreuzers „Geier“ genommen, der ihn auf seinen Wunsch nach der niederländischen Besitzung in Curaçao in Sicherheit gebracht hat.“

Der befriedigende Abschluß, den diese Angelegenheit nunmehr gefunden hat, ist ein ehrenvoller Beweis dafür, daß die venezolanische Regierung aufrichtig bemüht ist, die zwischen dem deutschen Reich und der Republik bestehenden guten Beziehungen aufrecht zu erhalten und eine freundschaftliche Erledigung aller Angelegenheiten herbeizuführen, bei denen Deutsche betheiligt sind.

Aus dem Reich.

Der Kaiser nahm gestern Abend 7 1/2 Uhr an dem im Kasino des Garde-Regiments abgehaltenen Abschiedessen für den mit der Führung des Königs-Alten-Regiments beauftragten Major v. Kramsta Theil. — Die Kaiserliche Hofkapelle des Kaisers dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach kaum vor dem Herbst stattfinden. Es ist dies daraus zu schließen, daß die Hofkapelle, welche für die Einweihung der Erwerbskirche auf dem Mariahilf in Jerusalem bestimmt sind, hier in Berlin angesetzt werden, ebenso für die Kaiserin, an deren Fertigstellung noch verschiedene Bildhauer arbeiten. Die Zeit der Abreise für die Gegenstände ist, wie der „Konfessionist“ meldet, derzeit festgelegt, daß sie erst in 3-4 Monaten in Jerusalem eintreffen können. Auch ein Berliner bekannter Maler begibt sich demnächst nach Jerusalem, um die Wandmalereien in der Kirche auszuführen. — Prinz-Regent Leutold von Bayern vollendet heute sein 77. Lebensjahr. — Die Verlegung des Regierungs-Präsidenten Wengel von Koblenz nach Wiesbaden soll, dem „Ab. zur.“ zufolge, in Aussicht stehen. — Der Staatssekretär des auswärtigen Amtes, Staatsminister v. Bülow, hat das Bett noch nicht verlassen können, befindet sich aber auf dem Wege der Besserung. An der weiteren Erledigung der Geschäfte ist der Staatssekretär nicht gehindert. — Der Marine-Inspektor Gromsch ist mit der Ausfertigung der Hafenbauanlagen in Kiautschau beauftragt worden. — Der Magistrat von Charlottenburg hat die Erhöhung der Umfassung auf 1 v. d. abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, die bisher von der Zahlung einer Steuer befreiten Fesseln von Grundstücken und Mietverträgen zu besteuern. Dafür soll der jetzt bestehende Betrag der Umfassung mit 1/2 v. d. beibehalten werden. — Nach der im Reichsfeindblatt am 1. auf den deutschen Eisenbahnen ausschließlich Bayerns 210 Betriebsunfälle vorgekommen, und zwar 2 Entgleisungen auf freier Bahn, 19 in Stationen, 4 Zusammenstöße auf freier Bahn, 24 in Stationen und 161 sonstige Betriebsunfälle. Getödtet wurden dabei 63 Personen, darunter 8 Reisende, verletzt 170 Personen, darunter 38 Reisende. — Gestern fand in All-Jannowitz die Beisehung des Grafen zu Stolberg-Wernigerode unter zahlreicher Theilnahme des Militärs, der Verbände und der Bevölkerung statt. Der Kaiser war durch den Flügeladjutanten v. Nolte vertreten, welcher im Auftrage des Monarchen einen prachtvollen Lorbeerkranz am Sarge niederlegte. Eine große Anzahl Beileids-

telegramme, darunter von dem Kaiser, dem Fürsten Bismarck und dem Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe waren eingetroffen. — Eine für gestern Abend in Hamburg angekündigte Versammlung, wo Althaus über die Gemeingefährlichkeit des Judenthums mit Bezug auf den Jola-Prozeß sprechen wollte, ist politisch verboten worden. — Das „Sor. Tagebl.“ hatte bekanntlich eine Besprechung über das aus Wiesbaden beschaffte und ausgewachsene Saatgetreide für die Ueberschwemmten aus Christianstadt a. N. gebracht, und der Kreisaußschuß hat deswegen den Strafantrag wegen Beleidigung gestellt, während die Beschlussschlichter dahin entschieden, daß ein Verfahren nicht einzuleiten sei. Jetzt bringt das „Sor. Tagebl.“ folgende Mittheilung: Das Kammergericht zu Berlin hat auf die Beschwerde des Kreisaußschusses des Kreis-Sorau und der Bezirksanwaltschaft beschloffen, daß, unter Aufhebung des Beschlusses der Strafkammer des Landgerichts zu Guben, gegen den verantwortlichen Redakteur unserer Zeitung, Herrn Dr. Vöhring, und gegen den Apothekenbesitzer Herrn Grimm aus Christianstadt wegen Beleidigung des Kreisaußschusses zu Sorau das Hauptverfahren vor der Strafkammer bei dem Amtsgericht zu Sorau eröffnet wird.

Deutschland.

Berlin, 12. März. Auf Veranlassung des Kaisers erhielten gestern Freitag Mittag um 12 Uhr eine Anzahl Truppen der hiesigen Garde vom General-Kommando den Befehl, um 2 1/2 Uhr zu einem Gefechts-Übungen auf dem Tempelhofer Felde bereit zu stehen. Eine Westarmee, das Garde-Schützenbataillon aus Groß-Bitterfeld, das 1. und 2. Bataillon des Kaiser Alexander-Regiments, zwei kriegsstarke Schwadronen des 1. Garde-Dragoon-Regiments und eine Batterie des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments, nahm bei Schöneberg Aufstellung, die Front nach West zu, die Garde-Schützen auf dem linken Flügel. Die Ostarmee, das Füsilier-Bataillon des Alexander-Regiments, das Augusta-Regiment, zwei kriegsstarke Schwadronen des 2. Garde-Regiments und zwei Batterien vom 1. Garde-Feldartillerie-Regiment, besetzte das Gehölz bei Birk. Um 2 Uhr 35 Minuten befehligte der Kaiser, der die Uniform des Alexander-Regiments mit den kleinen Generalsabzeichen trug, auf dem Kaiserhofe des 1. Garde-Dragoon-Regiments in der Velle-Allee-Strasse einen hohen Dunkelbraunen, ritt mit seinem Gefolge auf das Feld und setzte sich an die Spitze der Westarmee. Um 3 Uhr 20 Minuten fiel der erste Schuß. Die Artillerie der Westarmee eröffnete das Gefecht; ihr Feuer wurde von der Ostarmee sofort erwidert. Die Infanterie der Westarmee rückte im ersten Anlaufe bis zur Tempelhofer Chaussee vor und wartete hier etwa zehn Minuten auf Verstärkung. Die Artillerie folgte ihr. Sobald die Verstärkung eingetroffen war, ging die Westarmee sprunghaft wieder vor und nahm, durch die Artillerie und einen Flankenangriff der Kavallerie unterstützt, das von der Ostarmee besetzte Gehölz. Um 4 1/2 Uhr war das Gefecht zu Ende. Die Kritik, die dann der Kaiser abhielt, nahm etwa 20 Minuten in Anspruch. Nach einem Paradeumzuge — die Infanterie in Kompagniekolonnen, die Kavallerie und die Artillerie im Trab — rückten die Truppen in der Reihenfolge wieder ab. Der Kaiser ritt an der Spitze des Alexander-Regiments unter den Klängen des Torzauer Marsches in die Stadt ein. Große Menschenmengen sahen in der Velle-Allee- und Friedrichsstraße der Rückkehr der Truppen zu.

Der ehemalige Botschafter am Berliner Hofe Graf Emerich Szegedyi ist gestern gestorben. Graf Szegedyi, am 15. Februar 1825 geboren, war eine Zeit lang ungarischer Reichstagsabgeordneter und vertrat vom Dezember 1878 bis Oktober 1892 die österreichisch-ungarische Monarchie am Berliner Hofe. Er stand im hohen Ansehen beim Kaiser; in Berlin hat er bei seinem Scheiden nur Freunde hinterlassen. Graf Szegedyi war Ritter des höchsten preussischen Ordens, des Schwarzen Adler-Ordens.

Die Unterschriften zu dem schon vor mehreren Tagen im endgültigen Wortlaut veröffentlichten Sammlungs-Schriftstück liegen nunmehr vor. Es sind etwa 1000, was in Anbetracht des Umfanges, daß man sie im ganzen Lande gesucht hat, wenig besagen will, und um so weniger, da man sich keineswegs nur an Persönlichkeiten gewendet hat, welche in weiteren Kreisen bekannt sind; demgemäß verzichtet sogar die Präorgane der Sammlungs-Politik auf die vollständige Wiederbege. Die Unterschriften sind dem Alphabet geordnet, so daß der erste Unterzeichner ein in weiteren Kreisen wohl kaum bekannter Buchdruckereibesitzer J. Abel in Greifswald ist; auf ihn folgt Dr. v. Alvensleben, der die Bezeichnung „Mitglied des Abgeordneten-Hauses“ (nicht mit der als Oberpräsident) und weiterhin an der entsprechenden Stelle, größer als die anderen Namen gedruckt, Fürst v. Bismarck, Mitglied des Herrenhauses — zwischen einem Zimmermeister W. Bischoff in Rembrandt und dem Grafen von Bismarck-Wohlen in Karlsruhe der Bischoff. Die konservativen und frei-conservativen Parlamentarier haben wohl durchweg unterzeichnet, von national-liberalen — deren Unterschrift in der bekannten Art von Partei wegen erläutert worden — die Namen Wassermann, Geisels, Friedberg, Müller, Baasche, Sattler u. A. Der ganze Stab des Bundes der Landwirthe ist da: von Pfütz, Dr. Möbde, Hahn, von Arnim-Güterberg u. s. w. Es haben hervorragende Industrielle, wie Krupp und Höpfer (Augsburg) unterzeichnet; viele andere sehr hervorragende fehlen; dafür hat man eine erhebliche Anzahl unbekannter, kleiner Gewerbetreibender herangezogen. Ein schon bei dem Versuch, Kundgebungen für die preussische Vereinsgesetz-Novelle zu veranstalten, geringster Mißbrauch wiederholt sich auch hier: daß die Firmen von Alltiegellgesellschaften unterzeichnet sind; die Leiter derselben sind von den Aktionären beauftragt, Sarn zu spinnen, Kohlen zu fördern und dergleichen, aber nicht, politische Kundgebungen zu veranstalten.

Die „Augsburger Abendztg.“ schreibt: „Die bekannten Wierbischen Bedungs-Anträge wurden, wie mitgetheilt, auch in ihrer abgeschwächten Form offiziell für unannehmbar erklärt. Wie wir bestimmt wissen, hat auch die bayerische Staatsregierung sich in ganz entschiede-

ner Form gegen die genannten Anträge erklärt, weil jeder direkte Eingriff in das Besteuerungsrecht der Einzelstaaten ebenso bestimmt wie energig abgelehnt werden müsse. Man ist seitens der maßgebenden Kreise in Bayern absolut gegen jeden Eingriff in die durch die Verfassung gewährleistete Finanzhoheit der Bundesstaaten.“ Ähnlich dürften sich alle anderen Bundesregierungen zu den Anträgen stellen. Wie es heißt, wird namens der Regierungen bei der Fortsetzung der Kommissionsberatungen eine entsprechende Erklärung abgegeben werden.

Der antilemische Reichstagsabgeordnete Werner hat sich in einer Verammlung des „Deutschen Antilemischen Bundes“ über das Verhältnis der Antilemisten zu den anderen Parteien ausgesprochen und sich hierbei besonders gegen die Konservativen gewendet. Herr Werner führte aus:

„Als offene Feinde, denen man mit aller Schärfe entgegenzutreten müsse, seien die Konservativen zu betrachten. Sie seien die Partei der Landräthe und Kopfnicker, die, wie die Verbandsungen im Parlamente und ihr Verhalten bei den Wahlen bewiesen, jede Spur eigener Ueberzeugung aufgegeben hätten. Die Konservativen verfolgten die deutsch-soziale Reformpartei geradezu mit Haß, und zwar deshalb, weil diese auch in ihre Wahlkreise hineingehe. Wenn die Konservativen uns sagen: „Seht doch in die Wahlkreise der Freisinnigen und Sozialdemokraten!“ so sei darauf zu erwidern, daß wir Antilemisten uns unsere Mandate holen, wo wir wollen und wo es uns praktisch erscheine. Wir sind die Partei des Entschens, die Konservativen aber seien die Unterzogenen. Lange genug haben die Antilemisten sich von jenen Herren als Schleppenträger benutzen lassen; diese Zeit ist jetzt gottlob zu Ende. Auch vom „Bund der Landwirthe“ könne er sich keine Erfolge versprechen. Die einzige Partei, mit der man sich bei den Wahlen in ein Kompromiß einlassen könne, sei die Zentrumspartei. Das Zentrum sei eine gut wirtschaftliche Partei und habe in seinem Programm manche Berührungspunkte mit der deutsch-sozialen Reformpartei. Es betreibe eine offene Politik und stehe in Steuerfragen auf unserem Standpunkte, indem es die Steuerlasten auf die Schultern des reichen und nicht des armen Mannes zu legen gestreift sei. Auch in Fragen nationaler Politik sei das Zentrum zuverlässig; er erinnere hierbei an die Fiktionsvorlage, die durch die Unterstützung des Zentrums zur Annahme gelangen werde. Die Fiktion für die Antilemisten müsse in Zukunft die sein, ihre eigenen Wege zu gehen. Die deutsch-soziale Reformpartei habe Kraft in sich genug, sie brauche sich weder um rechts, noch um links zu kümmern. Sie müsse vor allen Dingen radikal werden und ihre Erbkämpfe von unten, nicht von oben zu erlangen suchen.“

Die „Kreuzztg.“ bemerkt zu dieser Erklärung: „Zur weiteren Klärung des Urtheils über den Charakter der deutsch-sozialen Reformpartei dürften diese Ausführungen wesentlich beitragen.“

Nachdem der Bundesrath in seiner Plenarsitzung vom Donnerstag die kaiserliche Verordnung über die Inkassierung der Gewerbesteuer-Novelle vom 26. Juni 1897 angenommen hat, ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die materiellen Bestimmungen des Gewerbesteuerorganisationsgesetzes zu ihrem größten Theile am 1. April d. J. in Kraft treten werden. Ausgenommen werden davon hauptsächlich die Bestimmungen über die Gewerbesteuern, was erklärt wird, wenn man bedenkt, daß die letzteren erst geschaffen werden können, wenn ihre Grundlage in den freien Zimmern, den Zwangsimmungen, Gewerbevereinen u. s. w. möglichst vollständig vorhanden sein wird. In der Presse begegnet man nun hier und da der Auffassung, als ob, wenn das Gesetz in Kraft gesetzt wird und wenn, wie es gleichfalls vor dem April als sicher anzu sehen ist, die Normalstatuten vom Bundesrath veröffentlicht werden, von den höheren Verwaltungsbehörden überall die Arbeiten zur Bildung von Zwangsimmungen oder wenigstens zur Verfertigung der betheiligten Gewerbetreibenden aufgenommen werden würden. Das Gesetz legt den höheren Verwaltungsbehörden weder diese Pflicht auf, noch giebt es ihnen ein Recht dazu. Im Gesetz ist vielmehr ausdrücklich vorgelesen, daß die höheren Verwaltungsbehörden sich erst dann mit der Frage der Errichtung einer Zwangsimmungen befassen, wenn ein Antrag Betheiligter d. h. der betreffenden selbstständigen Gewerbetreibenden vorliegt. Es wird also durchaus nicht nach dem 1. April in allen Bundesstaaten von Seiten aller höheren Verwaltungsbehörden die Errichtung von Zwangsimmungen ex officio in die Wege geleitet werden, sondern die Frage wird nur da aufgeworfen, wo Anträge einer größeren Anzahl Handwerker vorliegen. Zur Stellung solcher Anträge wird man natürlich in Regierungenkreisen eine bestimmte Frist geben. Es ist aber selbstverständlich, daß diese nicht allzulange dauern kann, weil der eigentliche Abschluß der Organisation, der durch die Gewerbesteuern herbeigeführt werden soll, nicht zu lange aufgeschoben werden kann. Diejenigen Handwerkskorporationen, welche sich in der Zeit bis zum Erlaß einer zweiten kaiserlichen Verordnung und der darin ausgeprochenen Inkassierung auch des Reizes der Gewerbesteuer-Novelle vom 26. Juni 1897 bilden werden, werden sich an der Zusammenkunft der erstmaligen Handwerkskammern betheiligen können, später zu Stande kommende eben nicht.

Die Verhältnisse in Westafrika halten fortgesetzt die Aufmerksamkeit der Kolonialpolitiker wach, besonders nachdem sich herausgestellt hat, daß die Engländer nicht über Lust zu haben scheinen, uns den Weg nach dem Hinterland unserer Togolonie zu versperren. Chamberlain hat zwar in seiner letzten, den westafrikanischen Verhältnissen gewidmeten Kolonialrede sich über die aggressive Haltung Deutschlands in der neutralen Zone geäußert, aber dies ist offenbar nur aus dem Grunde geschehen, um die durch nichts gerechtfertigte englische Handlungsweise zu decken. Das Verhältnis in der neutralen Zone ist vielmehr folgendes: Nach Abschluß des Abkommens vom Jahre 1888 hat eine deutsche Regierungsexpedition keinen Vertrag mehr in der neutralen Zone abgeschlossen; wohl aber hat sie die englische Verfassung, der Mutilte Jersguffon gethan. Die Verträge, die Gruner dort abschloß, sind unregelmäßig nicht weiter bekannt worden. Dagegen haben die Engländer, wie nach Rompel.

jetzt bekannt wird, Verträge nicht nur in der neutralen Zone abgeschlossen, sondern auch etwas nördlich des achten Breitengrades in dem direkten Hinterland unserer Togolonie, um so eine jede Ausdehnung der Deutschen nach dem Innern zu hindern. So wurden Verträge in Dabla am 3. April 1895 und in Kiriki am 1. April abgeschlossen. Es sind das zwei volkreiche Städte, die uns durch das Abkommen mit Frankreich zugesprochen worden sind. Um die Unberührbarkeit der Engländer recht zu würdigen, möge man sich den Sturm nur einmal vorstellen, der sich in England erhoben hätte, wenn wir westlich von der neutralen Zone im Hinterlande der Afrikanische Verträge abgeschlossen hätten! Daß die „Times“ es wagt, auf einer Karte diese englischen Verträge einzugeichnen, hängt mit der Einbildung zusammen, daß die eigentliche Grenze der Goldküste von der Vorkolonisation mitten durch unser Gebiet nach Norden gehen soll. Da die Stationen Dabla und Kiriki jetzt durch die Deutschen besetzt sind und überall von uns Fort errichtet worden, ist die Aufgabe unserer Ansprüche unentbehrlich. Für die in Aussicht stehenden Verhandlungen mit England können diese englischen Verträge — nicht einmal als Kompensationsobjekte — einen Werth haben.

Der andere Punkt, auf den sich zur Zeit unsere Bestrebungen richten, betrifft die Entsendung einer Handelsdeputation nach dem Niger und Benue, für die sich bereits mehrere bekannte Afrikaner als Leiter gemeldet haben. Es wäre aber verfrüht, jetzt von etwas Anderem als einem Vorhaben zu sprechen, da noch manche Vorbereitungen zu erfüllen sind. Da die Royal Niger-Company bald verstaatlicht werden wird, so würde das Hinderniß, das sich der „freien“ Schifffahrt auf dem Niger und Benue bisher entgegenstellte, zwar wegfallen, aber es ist noch ungewiß, welche Stellung die zum Reiches Soloto gehörigen Staaten in der nächsten Zeit einnehmen werden, ob sie sich freundlich oder feindlich zu England stellen. Ferner hätte eine solche Handelsdeputation nur dann eine durchgreifende Bedeutung, wenn auch unsere politische Stellung in Kamerun durch eine Station gesichert wäre und wenn das auswärtige Amt an deren Richtung glänze. Wenn wir nicht den gewinnbringenden Handel des nördlichen Theiles des Kamerunhinterlandes verlieren wollen, müssen wir hier endlich festen Fuß fassen. Die Gelegenheit dazu dürfte heute in Handelskreisen auch um so eher vorhanden sein, als der Sklavenhandel in Kamerun sich sehr langsam entwirrt und das dortige Geschäft zur Zeit darniederliegt.

Dresden, 11. März. In der zweiten Sitzung des Geheimgewerks betreffend eine Aufhebung des Vereins- und Verbandsrechts (Aufhebung des Verbandsverbots) in der Verfassungs-Deputation der zweiten Kammer erklärte Staatsminister von Meißig zu den konservativen Zusatzanträgen auf Ausdehnung der freien und minderjährigen von politischen Verfassungen Folgendes: Die Regierung habe keine Veranlassung gehabt, weiter zu gehen, als in Erfüllung des vom Reichstagsrath namens der Einzelregierungen gegebenen Versprechens, das in fasslichen Vereinsgesetz enthaltene Verbandsverbot aufzuheben. Er müsse daher zu den konservativen Anträgen erklären, daß die Regierung Werth darauf legt, daß die Vorlage in der einfachen Weise zur Verabschiedung gelangt, wie solche unterbreitet worden sei. Wenn man derartige Maßregeln ergreife, wie die konservativen vorgelegten, so müsse auch die Garantie vorliegen, sie mit gewissem Erfolge durchzuführen zu können. Das sei in Verfassungen, die von Kämpfern besetzt würden, unmöglich, und würde zu großen Meinungen und Weiterungen führen. Von den vier national-liberalen Mitgliedern der Deputation wurde die Annahme des Minister unterstellt und erklärt, daß ihre Forderung für den Regierungsentwurf eintreten werde. Der Vorsitzende der Deputation, Abg. Opitz (kons.) erklärte, daß seine Partei ihre Anträge im Hinblick auf die Erklärung der Regierung nochmals einer Prüfung unterziehen werde. Die dritte, entscheidende Sitzung dürfte sich deshalb wohl verzögern.

Karlruhe, 11. März. Nach fünftägiger Erörterung ging heute die zweite Kammer zur Abstimmung über die Wahlrechtsanträge über. Der Antrag der National-liberalen (63 Abgeordnete der Städte und Ämter, 11 Abgeordnete der Kreisversammlungen) wurde mit 33 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Die Artikel 1 und 2 des Kommissionsantrages wurden mit 32 gegen 25 Stimmen angenommen, da dies aber nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit ist, so sind die beiden Artikel thatsächlich abgelehnt. Artikel 3 (§ 41 der Wahlrechtsordnung) erhält folgende Fassung: „Die Wahllokale der einzelnen Wahlbezirke sind vom Gemeinde- (Stadt-) Rath zu bestimmen und durch Aufschlag am Rathhause, durch Einrücken in das amtliche Verbindungsblatt und nach Gutbefinden in ein oder mehrere Lokalsblätter bekannt zu geben. Die Wahl findet von 12 Uhr Mittags bis 8 Uhr Abends statt.“ Dieser Artikel wurde einstimmig angenommen. Somit gelangte das Gesetz in Form dieses einzigen Artikels an die erste Kammer. Der Antrag Dreesbach, der Regierung entscheidende Billigung für ihre Haltung in der Wahlrechtsvorlage auszusprechen, wurde gegen die Sozialdemokraten und zwei Demokraten abgelehnt. Der Antrag Wader, wonach der Regierung wegen ihrer Haltung das Bedauern ausgesprochen wird, wurde mit 32 gegen 25 Stimmen angenommen.

Frankreich.

Paris, 11. März. Durch Recherchen in Lyon, Barcelona und Mailand kam die Pariser Polizei einem Anarchisten-Komplot zur Verübung von Bombenattentaten gegen Gaure auf die Spur und nahm mehrere Verhaftungen vor. Einer der Verhafteten wird beschuldigt, jene Bomben gelegt zu haben, welche erpödeten, als Gaure nach Auslund reiste oder sonst öffentlich erschien. Der Verhaftete ist der Erzeuger der Bomben. Bisher ist weder sein Name noch jener der Mithilgubigen bekannt.

Italien.

Neapel, 11. März. Die deutschen Studenten besuchten heute Nachmittag die Universität, wo sie von dem Rektor, den Professoren und Studenten begrüßt wurden. Später begaben die deutschen Studenten sich in Begleitung von etwa 200 italienischen Studenten mittelst Sonderzuges nach Rom.

Türkei.

Konstantinopel, 11. März. Alle Krankeitshaber beurlaubten Refits, ungefähr 30 000 Mann, erhielten den Befehl, im Frühjahr einzurücken. Nach vorliegenden verlässlichen Informationen wurde die militärische Besatzung von Macebonien, welche aus 26 Bataillonen mit acht Batterien besteht, anlässlich der letzten Vorfälle in Djafoda und Kofichana um 14 Bataillone mit 2 Batterien von der Operations-Armee verläßt. Eine weitere Verstärkung ist seither nicht erfolgt. Der bisherige Stand der Samibich-Kurdenregimenter beträgt 58, drei weitere Regimenter sind in Formation begriffen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 12. März. Die Verathung des Stadthausplans 1898-99 wird in der Stadtverordneten-Versammlung Donnerstags, den 24. d. M., beginnen und an den folgenden Tagen fortgesetzt werden.

Zu dem Timischen Hypothekenschwindel theilt uns Herr Schiffsmacher R. mit, daß er den geschäftlichen Manipulationen seines Schweigergatters gänzlich fern stand und auch in keiner Weise an dem mitgetheilten Hypothekengeschäft betheiligt war, die gegen ihn bei dieser Gelegenheit erhobenen Ansprüche träfen also nicht zu und werde er deshalb gerichtliche Schritte einleiten. Wichtig sei, daß er von seinem Schweigergatter 15 000 Mark erhalten habe, welche er demselben im Laufe des Vorjahres als Darlehen gegeben hatte.

Im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Stettin sind die Referendare Ludwig Wittner und Damm zu Gerichtsassessoren ernannt.

Stettiner National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft. Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Gesellschaft wurde seiner Zeit, wohl hauptsächlich in agrarischem Interesse, gegründet als Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung. Sie gewährt hypothekensichere Darlehen an ihre Mitglieder und ist durch königl. Privilegium ermächtigt, auf Grund dieser Hypothekenforderungen Pfandbriefe, welche auf den Zinshaber lauten, auszugeben. Ende 1896 hatte die Gesellschaft ca. 26 Millionen auf städtische Grundstücke ausgeliehen. Man darf wohl annehmen, daß die Mehrzahl der Genossenschaft nur aus dem Grunde in die Gesellschaft eingetreten ist, um eine höhere Beleihung, als die sonstigen Institute (Landbank) gewahren, zu erhalten, und um dieses Vortheils willen die Gefahr der Solidarfahrt leichtem Verzeihen in den Kauf genommen hat. Die Hypothekensubstanz hat also gleichzeitig Genossenschaft und fasten als solche solidarisirt mit ihrem ganzen Bestand für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft. Wie stellt sich nun diese Haftung in der Wirklichkeit? Nach § 115 d. Gen.-Ges. hat der Vorstand, sobald sich bei der Geschäftsführung ergibt, daß das Vermögen der Genossenschaft einschließlich des Reservefonds und der Geschäftsguthaben zur Deckung der Schulden nicht ausreicht, die Generalversammlung zur Verabschiedung, ob die Genossenschaft aufgelöst werden soll, zu berufen. Der Auflösungs-Beschluß erfordert dreiviertel Majorität und hat in dem Falle des § 115 stets Konkurs zur Folge. Da die Generalversammlung die Auflösung nicht beschließen muß, wird sich wahrscheinlich die nötige Majorität nicht finden und die Genossenschaft wird, so lange es geht, weiter vegetiren. Wenn sie nur ihre Pfandbrief-Zinsen noch bezahlt, kann sie nicht zum Konkurs gezwungen werden. Aber auch wenn dieser schließlich nicht mehr zu vermeiden ist, ist die Haftpflicht eine problematische und die Inanspruchnahme derselben eine recht langwierige, da dem Konkurs der Gesellschaft ebenfalls die Konkurs eines großen Theiles der Genossen folgen würden. Diejenigen der Genossen, welche durch die Nachschuldenforderung in Konkurs gerathen, würden auch ihre Hypothekenzinsen nicht weiter bezahlen, die Güter müßten liquidirt werden. Der Konkurs der Genossenschaft könnte ein Menschenalter dauern und würde also auch für die Pfandbriefbesitzer das denkbar Ungünstigste sein. Außerdem könnte die Genossenschaft den Auflösungsbeschluß regreßpflichtig machen. Nach § 39 des Genossenschafts-Gesetzes hatten die Mitglieder des Aufsichtsraths, welche ihre Obliegenheiten verließen (Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes), der Genossenschaft persönlich und solidarisirt für den dadurch entstandenen Schaden und sind in § 140 des Genossenschafts-Gesetzes mit Strafe bedroht, wenn sie absichtlich zum Nachtheile der Gesellschaft handeln. Aber nicht nur die Genossen und die Pfandbriefbesitzer haben großes Interesse, den Konkurs zu vermeiden, sondern es liegt dies m. E. auch im öffentlichen Interesse. Die Regierung hat einer solchen Genossenschaft das Privilegium ertheilt, auf den Zinshaber lautende Pfandbriefe auszugeben, allerdings ausdrücklich ohne Genüßleistung, und dieses Privilegium noch unter dem 31. August 1896 bestätigt. Wo ist denn das Pfandbriefobjekt für diese Pfandbriefe? Die Regierung kann einen Kommissarius zur Wahrnehmung des Aufsichtsraths bestellen; trotz dieser Staats-Aufsicht ist die Gesellschaft jetzt genöthigt, ihren Gläubigern eine Zins-Rückzahlung nach griechischem Muster vorzuschlagen. Ich weiß sehr wohl, daß die Regierung rechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, aber hat sie nicht die moralische Verantwortung gegenüber den Sparern, welche ihr Geld nur sicher anlegen wollten und nicht Spekulant sind? Daß eine große Anzahl von Zinshabern (meistens Obleib) exist. in Konkurs gerath und eine große Anzahl Güter damit unter Substantiation kommt, ist dabei auch wohl zu berücksichtigen. Den Hypotheken-Banken kann ein Zusammenbruch der Stettiner Gesellschaft auch nicht gleichgültig sein. Das Publikum könnte doch, wenn der Fall eintritt, daß ein in Preußen ausgegebener Hypotheken-Pfandbrief nicht mehr, gegen dergestaltige sogenannte Pfandbriefe im Allgemeinen nicht zugunehmen, daß sie allein den Schaden tragen sollen.

